

LINK TO EUROPE

Europabüro der Metropolregion
FrankfurtRheinMain

Poststraße 16
60329 Frankfurt am Main
+49 69 2577 1538
europa@region-frankfurt.de
www.europabuero-frm.de

23.01.2020

INHALTSVERZEICHNIS



AKTUELLES AUS DER EU	2
Brexit: Großbritannien tritt zum 31. Januar 2020 aus der EU aus	2
Zukunft Europas: EU-Institutionen äußern sich zu geplanter Reformkonferenz	2
KOMMUNALE BELANGE UND REGIONALE ENTWICKLUNG	3
Territoriale Agenda: Konsultation geöffnet	3
Europäisches Parlament: URBAN Intergroup bestätigt	4
VERKEHR UND MOBILITÄT	4
Nachhaltige Mobilität in Städten: ERA-NET Förderaufruf	4
ENERGIE, KLIMA UND UMWELT	5
Green Deal: Kommission legt Investitionsplan für nachhaltiges Europa vor	5
Green Deal (II): Kommission stellt Just-Transition-Mechanismus vor	6
Fitness-Check: Diverse EU-Wasserrechtsakte überprüft	6
WIRTSCHAFT, FORSCHUNG UND INNOVATION	7
Digitalisierung: EU-Erklärung zur Förderung der digitalen Transformation	7
WEITERE AUFRUFE, AUSSCHREIBUNGEN UND VERANSTALTUNGEN	7
Stellenausschreibung: Das Europabüro sucht Verstärkung	7
EU-PROJEKTE MADE IN FRANKFURTRHEINMAIN	8
EfBB: Antragsteller aus FrankfurtRheinMain erhalten Förderzusagen	8
FOLGEN SIE UNS AUF TWITTER!	9

AKTUELLES AUS DER EU

Brexit: Großbritannien tritt zum 31. Januar 2020 aus der EU aus

Das Vereinigte Königreich tritt zum 31. Januar 2020 aus der EU aus. Nach den Neuwahlen des Unterhauses in Großbritannien im Dezember letzten Jahres nahm das britische Parlament am 20. Dezember 2019 schließlich das mit der EU ausgehandelte Austritts- und Übergangsabkommen an (vgl. [Europa Info 09/2019](#), S. 2). Die Annahme des Brexit-Gesetzes bestätigte am 9. Januar 2020 nochmals diesen Zeitplan. Am 23. Januar 2020 hat auch das britische Oberhaus dem Gesetz zum Brexit zugestimmt. Das Europaparlament muss noch am 29. Januar über das Gesetz abstimmen.

Bis zum 31. Dezember 2020 bleibt Großbritannien jedoch im EU-Binnenmarkt und in der Zollunion. So soll ein harter Schnitt für die Wirtschaft vermieden werden. London muss bis dahin das EU-Regelwerk weiter anerkennen und Mitgliedsbeiträge zahlen, ohne selbst in der EU ein Stimmrecht zu haben. In der Übergangsphase bis Ende des Jahres soll die zukünftige Zusammenarbeit Großbritanniens mit der EU verhandelt werden. Dazu gehört auch ein Handelsabkommen. Theoretisch kann diese Übergangsphase einmal um ein oder zwei Jahre bis maximal Ende 2022 verlängert werden. Der wiedergewählte britische Premierminister Boris Johnson hat allerdings bereits angekündigt, eine mögliche Verlängerung der Übergangsphase nicht zu unterstützen.

Zukunft Europas: EU-Institutionen äußern sich zu geplanter Reformkonferenz

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 22. Januar 2020 eine [Mitteilung](#) zur „Konferenz zur Zukunft Europas“.

Die zuständige Vizepräsidentin der Kommission, Dubravka Šuica, skizziert diese Reformkonferenz als eine über zwei Jahre fortlaufende „große paneuropäische, demokratische Übung“, die in einem lokalen Ansatz ein Dialogforum für die Europäische Bürgerschaft bietet. Es soll dabei sowohl um inhaltliche Fragen als auch um institutionelle Reformen mit „besonderer Bedeutung für demokratische Prozesse“ gehen, wie beispielsweise die explizit genannten transnationalen Wahllisten und das Spitzenkandidatensystem. Der Prozess könnte neue Formen der Beteiligungen, bspw. mittels digitaler Plattformen, enthalten, wird aber zunächst auf den etablierten europäischen Bürgerdialogen der EU-Kommission aufbauen.

Als Startpunkt ist der Europatag am 9. Mai 2020 vorgesehen. Die Ergebnisse könnten dann zu Beginn des Jahres 2022 unter der französischen Ratspräsidentschaft vorliegen. Für die Umsetzung dieser Ergebnisse wünscht sich die Kommission außerdem einen „Feedback-Mechanismus“. Das konkrete Konzept der Konferenz muss nun noch erarbeitet werden und soll „Ergebnis einer echten gemeinschaftlichen Zusammenarbeit“ mit Europäischem Rat und Europäischem Parlament (EP) sein.

Diese hatten bereits vorab in einer [Schlussfolgerung](#) (S. 3f.) und in einem [Standpunkt](#) ihre Vorstellungen zu dieser Konferenz dargelegt. Die Staats- und Regierungschefs betonten, dass die Konferenz von

allen EU-Organen gleichermaßen sowie von den Mitgliedstaaten inklusive ihrer nationalen Parlamente verantwortet werden müsse. Mit einer „umfassenden Konsultation“ der EU-Bevölkerung solle es bei dieser Konferenz aber „vorrangig darum gehen (...), die im Juni vereinbarte Strategische Agenda umzusetzen und konkrete Ergebnisse zum Nutzen unserer Bürgerinnen und Bürger zu erzielen“.

Demgegenüber setzt das EP auf einen „bottom-up“-Ansatz, u. a. mit dezentralen Bürgerforen und mit der Einbindung der organisierten Zivilgesellschaft sowie verschiedener Interessenvertreter auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Eine inhaltliche Agenda soll nicht vorgegeben werden, aber thematische Schwerpunktbereiche (wie europäische Werte, ökologische Herausforderungen, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Fragen und Sicherheit) gemeinsam mit institutionellen Fragestellungen aufgegriffen werden. Die Abgeordneten erwarten ebenfalls, dass die Konferenz konkrete Reformempfehlungen ausspricht und bekunden, dass auch Ergebnisse, die möglicherweise eine Vertragsänderung erfordern, im Nachgang weiterverfolgt werden sollen.

Hintergrund:

Die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte diese „Konferenz zur Zukunft Europas“ bei der Vorstellung ihrer [politischen Leitlinien](#) im Herbst 2019 angekündigt (vgl. [Europa Info 07/2019](#), S. 2). Eine Einführung bietet ein englischsprachiges [Briefing](#) des Europäischen Parlamentes.

KOMMUNALE BELANGE UND REGIONALE ENTWICKLUNG

Territoriale Agenda: Konsultation geöffnet

Bis zum 31. Januar 2020 ist eine [Konsultation zur „Territorialen Agenda 2030“](#) geöffnet. Diese nimmt Bezug auf eine Ende des letzten Jahres veröffentlichte [Entwurfsversion](#) (auf Englisch).

Die „Territoriale Agenda 2030“ schreibt das bereits 2007 abgestimmte und 2011 aktualisierte politische Papier der Territorialen Agenda der EU fort. Ziel des Papiers ist, dass die verschiedenen Raumentwicklungspolitiken der einzelnen Mitgliedstaaten an gemeinsamen Zielen und Leitvorstellungen ausgerichtet werden.

Der Entwurf der Territorialen Agenda 2030 greift verschiedene seit der letzten Fassung hinzugekommene Herausforderungen für die Raumentwicklung auf. Diese sind neben dem Klimawandel u. a. auch die Sicherstellung einer nachhaltigen Energieversorgung oder die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Dementsprechend werden sechs Prioritäten für eine zusammenhängende Raumentwicklung vorgeschlagen:

- ★ eine ausgeglichene territoriale Entwicklung;
- ★ eine lokale und regionale Entwicklung und weniger Ungleichheit in funktionalen Regionen;
- ★ grenzüberschreitende Integration (grenzüberschreitendes Leben und Arbeiten);
- ★ eine ökologische Lebensgrundlage mit klimaneutralen Städten, Gemeinden und Regionen;
- ★ eine Kreislaufwirtschaft mit einer starken und nachhaltigen lokalen Wirtschaft sowie

- ★ eine nachhaltige digitale und physische Verbindung von Räumen.

Die Territoriale Agenda 2030 soll im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft am 1. Dezember 2020 in Leipzig von den für Raumordnung zuständigen Ministern der Mitgliedstaaten unterschrieben werden.

Das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain wird sich an der Konsultation beteiligen.

Europäisches Parlament: URBAN Intergroup bestätigt

Am 11. Dezember 2019 wurde die URBAN Intergroup auch für die Wahlperiode 2019-2024 vom Europäischen Parlament bestätigt.

Die Abgeordneten dieser Gruppe diskutieren über europaweit relevante Themen bezüglich der nachhaltigen Entwicklung städtischer Gebiete. Das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain ist bereits seit November 2012 offizieller Partner der URBAN-Intergroup und konnte einerseits von gebündelten Informationen zum Thema „städtische Dimension“ in der Europäischen Politik profitieren und sich andererseits Gehör bei Mitgliedern des Europäischen Parlaments verschaffen.

Weitere Informationen zur bisherigen Arbeit der [URBAN Intergroup](#) sind online verfügbar. Eine Übersicht zu allen Intergroups finden Sie auf der Webseite des [Europäischen Parlaments](#).

Hintergrund:

Im Europäischen Parlament gibt es in jeder Wahlperiode Arbeitsgruppen von Abgeordneten aller Fraktionen, sogenannte „Intergroups“, die sich mit bestimmten Themen befassen. Die offiziellen Intergroups werden zu Beginn der Legislaturperiode mit Unterstützung der Fraktionen registriert, wobei jede Fraktion nur eine bestimmte Anzahl von Gruppen unterstützen kann.

VERKEHR UND MOBILITÄT

Nachhaltige Mobilität in Städten: ERA-NET Förderaufruf

Ende 2019 öffnete ein Sonder-[Förderaufruf](#) für Forschungs- und Innovationsprojekte zur nachhaltigen, barrierefreien und vernetzten Mobilität in Städten.

Die Vorhaben müssen anhand von fünf im Aufruf erläuterten Herausforderungen auf eine konkrete Problemlösung im städtischen Verkehr oder im Stadt-Umland-Verkehr ausgerichtet sein. Ein besonderer Akzent soll dabei auf dem Aspekt der Barrierefreiheit und der Vernetzung liegen. Eine Verbindung mit bestehenden nachhaltigen Verkehrsentwicklungsplänen, ein interdisziplinäres Vorgehen und die Einbindung betroffener Akteure sind erwünscht.

Bei diesem Aufruf mit einem Volumen von 22,5 Mio. Euro handelt es sich um eine Horizont 2020-Auskopplung im Rahmen einer öffentlich-öffentlichen Partnerschaft zwischen der EU-Kommission und 15 europäischen Staaten, unter anderem Deutschland (sog. ERA-NET Aufruf). Forschungseinrich-

tungen, öffentliche Stellen, Unternehmen, NGOs und Bürgergemeinschaften aus Deutschland können sich im Rahmen eines europäischen Konsortiums mit mindestens drei Partnern aus drei dieser 15 Staaten bewerben. Insgesamt werden voraussichtlich bis zu sechs deutsche Teilnehmer mit einem Volumen von jeweils etwa 350.000 Euro für ihren spezifischen Projektteil gefördert werden.

Eine erste Projektskizze ist bis zum **17. März 2020** um 13.00 Uhr einzureichen. Nach einer Prüfung werden die aussichtsreichsten Vorhaben eingeladen, einen vollständigen Antrag bis zum 22. September 2020 abzugeben. Die Antragstellung erfolgt mit einem vorgefertigten [Antragsformular](#) im elektronischen Antragsystem der ANR ([Agence Nationale de la Recherche](#)). Antragssprache ist Englisch.

Weitere Informationen finden sich auch auf der digitalen [Informationsseite](#) und in den [Bewerbungsrichtlinien](#). Außerdem gibt es eine nationale Kontaktstelle für Deutschland (Frau Michaela Thorn, Kontakt: 0049 228 3821 2538 und michaela.thorn@dlr.de).

ENERGIE, KLIMA UND UMWELT

Green Deal: Kommission legt Investitionsplan für nachhaltiges Europa vor

Wie in der Mitteilung zum EU-„Green Deal“ im Dezember 2019 angekündigt (vgl. [Europa Info 10/2019](#), S. 2), legte die Europäische Kommission am 14. Januar 2020 einen „[Investitionsplan für ein nachhaltiges Europa](#)“ vor. Darin wird aufgezeigt, wie die Transformation in ein klimaneutrales Europa bis 2050 finanziert werden kann. Das Dokument ist kein legislativer Vorschlag und als politische Absichtserklärung zu verstehen.

Die Kommission geht allein bis 2030 von notwendigen Ausgaben in Höhe von 260 Mrd. Euro jährlich aus, was etwa 1,5 % des EU BIP entspräche. Der vorliegende Investitionsplan soll daher bis 2030 insgesamt eine Billion Euro in allen Mitgliedstaaten mobilisieren. Nach der EU-Kommission müssten 25 % des nächsten EU-Budgets von 2021 bis 2027 für den Klimaschutz und die Ziele des Green Deals verwendet werden (v. a. in der Kohäsionspolitik, beim Forschungsprogramm Horizont Europa und im Umweltprogramm LIFE). Sollten die Mitgliedstaaten den Vorschlägen der Kommission in den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen folgen, würde sich dies auf ca. 500 Mrd. Euro belaufen, die wiederum um 115 Mrd. Euro an nationaler Kofinanzierung ergänzt würden. Ebenfalls im dreistelligen Milliardenbereich könnte sich das private Investment bewegen, das mit Garantien aus dem InvestEU-Topf angestoßen werden soll. Entsprechend sind hier etwa 30 % der Ausgaben für Vorhaben im Zusammenhang mit dem Green Deal anvisiert. Dazu kommen noch die Finanzhilfen aus dem „Mechanismus für einen gerechten Übergang“ mit dem Just-Transition-Fonds im Zentrum, der eine Größe von 30 bis 50 Mrd. Euro erreichen könnte (s. S. 6). In einen „Innovations- und Modernisierungsfonds“ sollen außerdem 25 Mrd. Euro Erlöse aus dem Emissionshandelssystem fließen und die Europäische Investitionsbank (EIB) soll zu einer Klimabank fortentwickelt werden.

Besondere kommunale Relevanz liegt in den Maßnahmen, mit denen die Kommission Anreize für mehr „grüne“ Investitionen setzen möchte. Die eigentlich für private Finanzdienstleistungen entwickelte EU-Taxonomie soll als Definition für nachhaltige Investitionen auch auf eine Verwendung im öffentlichen Sektor hin geprüft werden. Eine sogenannte „grüne Vergabe“ plant die Kommission nicht

nur mit Empfehlungen, sondern auch mit legislativen Maßnahmen (z. B. über eine einheitliche Minimaldefinition von „Nachhaltigkeit“) zu stärken.

Aber auch beim makroökonomischen Koordinationsprozess des „Europäischen Semesters“ möchte die Kommission in ihren Länderempfehlungen Aspekte des Klimaschutzes stärker akzentuieren. Der Handlungsspielraum der Mitgliedstaaten bei öffentlichen Beihilfen zur Förderung energieeffizienter Gebäude, Blockheizkraftwerken, Kreislaufwirtschaftssystemen sowie klimaneutralen Produktionsprozessen soll erweitert werden.

Eine gute Übersicht bietet die deutschsprachige [Pressemitteilung](#) der Kommission, unter der auch ein FAQ und grafisch aufbereitete Faktenblätter zu finden sind.

Green Deal (II): Kommission stellt Just-Transition-Mechanismus vor

Zeitgleich mit dem Investitionsplan für ein nachhaltiges Europa (s. S. 5) hat die Europäische Kommission am 14. Januar 2020 in Form eines Verordnungsvorschlages den „[Mechanismus für einen gerechten Übergang](#)“ vorgestellt.

Dieser hat das Ziel, Regionen, die durch den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft negative sozioökonomische Effekte erwarten müssen, finanziell zu unterstützen. Der Fonds soll laut Vorschlag primär Zuschüsse gewähren. Dadurch könnten beispielsweise Arbeitnehmer geschult werden oder kleine und mittlere Unternehmen, Jungunternehmen und Gründerzentren gefördert werden, um so neue wirtschaftliche Möglichkeiten in diesen Regionen zu schaffen. Des Weiteren sollen mit dem Fonds Investitionen in die Energiewende, beispielsweise in Energieeffizienz unterstützt werden.

Hierzu schlägt die Kommission vor, für die Jahre 2021-2027 einen „Fonds für einen gerechten Übergang“ aufzulegen. Dieser soll mit 7,5 Mrd. Euro aus dem zukünftigen EU-Haushalt gespeist werden. Auf Deutschland sollen aus dem vorgeschlagenen Fonds 877 Mio. Euro entfallen. Um ihren Anteil am Fonds zu nutzen, müssen die Mitgliedstaaten im Dialog mit der Kommission die förderfähigen Gebiete durch gebietsspezifische Pläne für einen gerechten Übergang ermitteln. Ferner sind sie verpflichtet, jeden Euro aus dem Fonds für einen gerechten Übergang durch Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Europäischen Sozialfonds Plus zu ergänzen und zusätzliche nationale Mittel bereitzustellen. Die Kommission erwartet, dass dadurch 30 bis 50 Mrd. Euro verausgabt werden können.

Der „Mechanismus für einen gerechten Übergang“ muss nun mit dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten verhandelt werden. Zudem steht eine Einigung über den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU für 2021-2027 weiter aus.

Fitness-Check: Diverse EU-Wasserrechtsakte überprüft

Die Europäische Kommission veröffentlichte kürzlich die Ergebnisse mehrerer legislativer Fitness-Checks im Wasser-/Abwasserbereich (vgl. [Europa Info 09/2018](#), S. 7).

Die [Überprüfungen](#) der Wasserrahmenrichtlinie ([2000/60/EG](#)), der „verwandten“ Grundwasserrichtlinie ([2006/118/EG](#)) und der Richtlinie zu Umweltqualitätsnormen im Wasserbereich ([2008/105/EG](#))

sowie der Hochwasserrichtlinie (2007/60/EG) kommen zum [Schluss](#), dass diese Rechtsakte grundsätzlich wirksam sind. Die Vorschriften dienen demnach den Kernzielen einer Verringerung der Wasserverschmutzung und einer Eindämmung des Verlustes der biologischen Vielfalt. Allerdings würden in der Umsetzung vor Ort gelegentlich Defizite bestehen. Deshalb ist hier mit erläuternden Leitlinien, aber eher weniger mit einer Revision der Rechtslage zu rechnen.

Beim [Fitness-Check](#) der Richtlinie über die Behandlung kommunaler Abwässer ([91/271/EWG](#)) identifiziert die Kommission hingegen Handlungsbedarf. Sie [schlussfolgert](#), dass das fast 30 Jahre alte Regelwerk mit dem Ziel, Bürger und Umwelt besser vor schädlichen Folgen der Abwassereinleitung zu schützen, grundsätzlich erfolgreich wirkte. Neue Schadstoffquellen und jüngere Entwicklungen wie bspw. die Kreislaufwirtschaft machen allerdings eine Überarbeitung der Richtlinie erforderlich.

WIRTSCHAFT, FORSCHUNG UND INNOVATION

Digitalisierung: EU-Erklärung zur Förderung der digitalen Transformation

Die Generaldirektion Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien der Europäischen Kommission und der Ausschuss der Regionen stellten am 15. Januar 2020 in Brüssel eine [Erklärung](#) „über die Bündelung der Kräfte zur Förderung einer nachhaltigen digitalen Transformation in Städten und Gemeinden in der EU“ vor.

Diese wurde zusammen mit den Verbänden „Eurocities“, „Open and agile Smart Cities“ (OASC), „European Network of Living Labs“ (ENOLL) und der ehemaligen finnischen Ratspräsidentschaft entwickelt. Städte, Gemeinden und Regionen in Europa sind eingeladen, die Erklärung zu unterzeichnen. Diese formuliert [gemeinsame Prinzipien](#), die zur schnelleren Verbreitung digitaler Anwendungen beitragen sollen. Die Initiatoren möchten über die symbolische Erklärung hinaus aus dem Kreis der Unterzeichner ein Informations- und Unterstützungsnetzwerk aufbauen.

Weitere Informationen finden sich auf der entsprechenden englischsprachigen [Homepage](#). Die [Unterzeichnung](#) erfolgt dort digital. Zu einem späteren Zeitpunkt sollen die unterstützenden Akteure auch einsehbar sein.

WEITERE AUFRUFE, AUSSCHREIBUNGEN UND VERANSTALTUNGEN

Stellenausschreibung: Das Europabüro sucht Verstärkung

Im Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain ist am Dienstort Frankfurt die Stelle eines **Senior Fachreferenten** (m/w/d) in Vollzeit zu besetzen.

In den thematischen Scherpunktbereichen Verkehr und Mobilität, Digitalisierung, Klimaschutz, Energie und Umwelt gehören u. a. die Projektentwicklung, Interessenvertretung, Netzwerkarbeit und Fördermittelberatung zu den Aufgaben. Da es sich bei dieser Position um eine zentrale Schnittstelle des

Europabüros zwischen Brüssel und der Metropolregion handelt, werden neben langjähriger Berufserfahrung und sehr fundierten Fachkenntnissen in den genannten Bereichen auch ein Verständnis für die Strukturen sowie Arbeitsweisen der Europäischen Union, der Metropolregion und der Kommunalverwaltungen erwartet.

Bewerbungsschluss ist der **17. Februar 2020**. Weitere Informationen finden sich in der ausführlichen [Stellenausschreibung](#) auf unserer Homepage.

EU-PROJEKTE MADE IN FRANKFURTRHEINMAIN

EfBB: Antragsteller aus FrankfurtRheinMain erhalten Förderzusagen

Auf der Webseite der Exekutivagentur für Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA) wurden vor Kurzem die Auswahlresultate im Programm Europa für Bürgerinnen und Bürger für die Förderbereiche 2.1 „Bürgerbegegnungen“ und 2.2 „Vernetzung von Partnerstädten“ veröffentlicht.

Wir freuen uns, dass auch drei Antragstellern aus der Metropolregion FrankfurtRheinMain eine Förderung für ihre Städtepartnerschaftsprojekte (Förderbereich 2.1) bewilligt wurde:

- ★ Der Verein für Städtepartnerschaften Limburg e. V. erhält für die Bürgerbegegnung „Wir sind Europa!“ eine Förderung in Höhe von 25.000 Euro.
- ★ Das Projekt „So klingt Europa in bewegten Zeiten“ der Stadt Ober-Ramstadt wird ebenfalls mit 25.000 Euro gefördert.
- ★ Der Förderkreis Hofheimer Städtepartnerschaften e. V. erhält für das „Forum der Vielfalt – gemeinsam Grenzen medial überwinden“ eine Förderung in Höhe von 7.560 Euro. Das Europabüro hatte den Verein bei der Antragstellung unterstützt.

Das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain gratuliert ganz herzlich zu diesem Erfolg! Die Antragsteller werden von der EACEA schriftlich informiert.

Noch bis zum 4. Februar 2020 können im Förderbereich 1 „Europäisches Geschichtsbewusstsein“ sowie im Förderbereich 2.1 „Bürgerbegegnungen“ Anträge für Projekte eingereicht werden (siehe hierzu [Europa Info Nr. 10/2019](#), S. 5). Die Antragsfrist für „Vernetzungsprojekte“ (Förderbereich 2.2) endet am 3. März 2020.

Der [Programmleitfaden](#) steht gemeinsam mit dem [Aufruf](#) und den [Programmprioritäten](#) auf Deutsch [zur Verfügung](#). Die Antragsunterlagen können auf der [E-Form-Seite](#) der EACEA heruntergeladen werden.

Weitere Informationen zum Programm Europa für Bürgerinnen und Bürger sowie zum [Antragsverfahren](#) erhalten Sie auf der Webseite der zuständigen [Kontaktstelle Deutschland](#) (auf Deutsch).

FOLGEN SIE UNS AUF TWITTER!

Wir sind auf Twitter aktiv, um Sie noch schneller zu informieren und mit Themen, Akteuren, Förderaufrufen oder Preisausschreibungen aus Brüssel zu vernetzen. Twitter ist der größte Kurznachrichtendienst weltweit. Bleiben Sie ganz unkompliziert in Kontakt mit dem Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain, indem Sie nach [@RegionFrankfurt](#) suchen und auf „Folgen“ klicken. Der Twitter-Newsfeed ist nun auch auf unserer [Homepage](#) eingebettet.



Profil bearbeiten

FrankfurtRheinMain
@RegionFrankfurt

European Office of the Metropolitan Region FrankfurtRheinMain (Brussels) linking one of Europe's most dynamic + innovative regions with EU institutions/policies

Brüssel, Belgien [europabuero-frm.de](#)

Oktober 2011 beigetreten

355 Folge ich 524 Follower



[@RegionFrankfurt](#)



FrankfurtRheinMain @RegionFrankfurt · 6 Std.

„AusbildungWeltweit“ fördert #Auslandspraktika für #Auszubildende in allen Zielländern, die nicht durch #Erasmus+ abgedeckt werden. Antragsfrist ist der 13. Februar 2020, ein Infoveranstaltung findet am 6. März in Frankfurt statt: [ausbildung-weltweit.de/index.html](#)



Neue Antragsrunde für Auslandsaufenthalte 2020/2021
Die neue Antragsrunde ist gestartet! Das Förderportal ist ab sofort bis zum 13.02.2020 um 12:00 Uhr für Anträge der ersten Antragsrunde 2020 freigeschaltet. Gestellt werden können Anträge für weltweite Aufenthalte zwischen Juni 2020 und Mai 2021.



FrankfurtRheinMain @RegionFrankfurt · 10. Jan.

#Digitalisierung öffentlicher #Dienstleistungen - innovative europäische best practice-Projekte (2/2): [publications.europa.eu/portal2012-por...](#)



CORDIS Results Pack on digital government
A thematic collection of innovative EU-funded research results



FrankfurtRheinMain @RegionFrankfurt · 9. Jan.

Mit dem neuen Jahr übernimmt #Kroatien zum ersten Mal die #Präsidentschaft im #Rat der Europäischen Union: [consilium.europa.eu/en/council-eu/...](#)

EU Council @EUCouncil · 1. Jan.

Welcome to 2020! 🇺🇦 & welcome to the Croatian presidency @EU2020HR. The very first day of 🇨🇷 Croatia's very first presidency of the Council of the EU. Dobro došli! Radujemo se suradnji s vama. Find out more about the presidency's priorities & activities 🇪🇺 [europa.eu/pt38TK](#)